

Bangkok, 8. Februar 2007

## **Stellungnahme zu den beabsichtigten Verhandlungen über ein EU-ASEAN-Freihandelsabkommen**

Die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen bringen hiermit ihre ernststen Bedenken gegen das geplante EU-ASEAN-Freihandelsabkommen, welches innerhalb der nächsten zwei Jahre verhandelt werden soll, zum Ausdruck.

Die Entscheidung über die Aufnahme der Handelsverhandlungen wurde getroffen, ohne dass in den betroffenen Ländern vorher eine ernst zu nehmende öffentliche Beratung - weder mit demokratisch gewählten Vertretern noch mit der Zivilgesellschaft - stattgefunden hat. Dies stellt eine Verletzung von demokratischen und menschenrechtlichen Grundprinzipien dar – Grundprinzipien, die sowohl die EU als auch die ASEAN-Staaten zu unterstützen vorgeben.

Jede Vereinbarung, die in ihren Konsequenzen und in ihrem Ausmaß so weitreichend ist wie das geplante EU-ASEAN-Freihandelsabkommen, sollte zumindest einem umfassenden und kontinuierlichen Beratungsprozess mit der Zivilgesellschaft umfassen, zusätzlich zur vollständigen Bekanntmachung aller Dokumente, die verhandelt werden. Vor dem Beginn der Verhandlungen sollte grundsätzlich eine detaillierte, ausführliche und qualitative Nachhaltigkeitsuntersuchung (sustainability impact assessment, SIA) durchgeführt werden.

Gerade die Erfahrungen mit bereits existierenden EU-Freihandelsabkommen zeigen signifikante negative Auswirkungen sowie ein Ausbleiben der erwarteten positiven Effekte. Untersuchungen über das EU-Freihandelsabkommen mit Mexiko belegen zum Beispiel, dass sich Mexikos Handelsdefizit mit der EU verdoppelt hat, seit das Abkommen in Kraft getreten ist. Ganz im Gegensatz zu den versprochenen positiven Auswirkungen für Beschäftigung und Arbeitsbedingungen ist die Arbeitslosigkeit seit der Unterzeichnung des EU-Mexiko-Abkommens gestiegen und Arbeiter sehen sich zunehmend mit gefährlichen Arbeitsbedingungen, Zeitarbeitsverträgen, Löhnen unter den Mindestsätzen und fehlender sozialer Absicherung konfrontiert. Die Auslandsinvestitionen haben währenddessen zugenommen, was allerdings hauptsächlich in Fremdübernahmen einheimischer Industrien resultierte, ohne dass damit eine Vergrößerung des Arbeitsangebots oder Lohnerhöhungen einhergingen.

Eine von der Europäischen Kommission für das EU-Freihandelsabkommen mit den Mittelmeeranrainern (EMFTA) in Auftrag gegebene SIA kam zu dem Ergebnis, dass das EMFTA negative Effekte für Ernährung, Ausbildung, Armut und Gesundheit haben würde. Diese Untersuchung berücksichtigte dabei nicht die Auswirkungen auf geistige Eigentumsrechte, Investitionsfreiheit und das öffentliche Beschaffungswesen: Dies sind normalerweise Themen, die weitreichende Konsequenzen für die Bevölkerung wie für die Entwicklungsländer, u.a. auch für die der ASEAN-Gruppe, haben. Die EU scheint ungeachtet der negativen Prognosen ähnlich umfassende Freihandelsabkommen in anderen Regionen durchsetzen zu wollen.

Vor diesem Hintergrund sind die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen insbesondere besorgt, dass:

- die EU mit ihrem Versuch, die bei der WTO bereits von einigen ASEAN-Ländern zurückgewiesene Singapur-Themen wieder aufzunehmen, eine Anti-Entwicklungspolitik verfolgt.
- die EU die großen sozio-ökonomischen Unterschiede innerhalb der ASEAN-Staaten, z.B. in Bezug auf die als sog. „least-developed countries“ (LDCs) eingestuft Länder Kambodscha, Myanmar und Laos, nicht ausreichend berücksichtigt. Trotzdem fordert die EU eine gegenseitige und vollständige Liberalisierung, ohne den Ländern die im WTO-Vertrag selbst zugesicherte Sonder- und Vorzugsbehandlung (SDT) – jenseits von Zugeständnissen hinsichtlich der Länge der Umsetzungsphase - zuzugestehen. .
- die geforderte Liberalisierung von Dienstleistungen über die GATS-Verhandlungen hinaus (WTO-plus) angesichts der Konkurrenzüberlegenheit von europäischen Dienstleistern dazu führen wird, dass Anbieter aus den ASEAN-Staaten aus dem Feld geschlagen werden.
- weitere Beschränkungen die Regierungen daran hindern, im öffentlichen Interesse regulierende Maßnahmen zu ergreifen. Damit wird der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen gefährdet und weitreichende Folgen für die arme und ländliche Bevölkerung in beiden Regionen in Kauf genommen.
- ein EU-ASEAN-Freihandelsabkommen die Länder der ASEAN im Vergleich zum jetzigen Zollsystem des „Allgemeinen Präferenzabkommens“ (APS) schlechter stellen wird, da es von den Partnern extensive WTO-plus-Liberalisierungen verlangt, ohne adäquate und spezifische Schutzmaßnahmen zu erlauben.
- die Forderungen der EU an ASEAN, ihre Einfuhrzölle erheblich zu senken, zu einem signifikanten Einkommensverlust für Entwicklungsländer führen wird, da diese Länder nicht ausreichende Finanzmittel aus anderen Steuerquellen erheben können.
- das Hauptziel der EU, Zugang zu Rohstoffen zu erhalten, wie aus dem Schlüsseldokument über die zukünftige Richtung der EU-Handelspolitik – „Global Europe: Competing in the World“ ersichtlich, die Möglichkeiten der ASEAN-Länder untergraben wird, die Souveränität über ihre natürlichen Ressourcen zu behalten, und Beschränkungen für Export, Investitionen und geistiges Eigentum durchzusetzen.
- die EU nach weiteren Marktzugangszugeständnissen im Hinblick auf Ausschreibungen im öffentlichen Beschaffungswesen streben wird, die den politischen Freiraum einschränkt, die Grundlage für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu schaffen und für die soziale Kohärenz zu sorgen, die für den Aufbau der Länder benötigt wird.
- dass bereits jetzt der Zugang zu bezahlbaren medizinischen Leistungen und Ausbildungsmöglichkeiten in Entwicklungsländern auf Grund des Schutzes geistiger Eigentumsrechte und auf Kosten des Rechtes auf Gesundheit, Bildung und anderer grundlegender Menschenrechte reduziert ist. Die EU will jedoch ASEAN-Länder zur Unterzeichnung weitere Verträge zum Schutz geistigen Eigentums verpflichten.

Angesichts der oben genannten Punkte fordern die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Gruppen aus der Europäischen Union und den ASEAN-Ländern, dass

die Bedürfnisse und Rechte der Völker den Kern jeder ökonomischen Entwicklung – und damit auch von Handelsabkommen – sein sollten. Alle ökonomischen Entscheidungsprozesse sollten politisch transparent und zugänglich sein, und die Zivilgesellschaft als vollwertigen Interessenvertreter beteiligen, um gerechte und nachhaltige Handelsabkommen durchzusetzen.

### **Die Unterzeichner**

11.11.11, Coalition of the Flemish North-South Movement ; Agribusiness Accountability Initiative-Asia; Alliance for Progressive Labor; AsiaDHRRA; Asia-Europe Peoples' Forum; Asia House Germany; Asia Pacific Network on Food Sovereignty; Asian Farmers Association; ATTAC-Netherlands; ATTAC - Sweden; Centre for Labour Information, Service and Training; Corporate Europe Observatory; Drug Study Group/FTA Watch; Ecologistas en Accion – Spain; Farmers' Forum India; Federation Indonesia Peasant Union; Focus on the Global South ; Foundation for Gaia - UK; Freedom from Debt Coalition; Forum Asia; FTA Watch Thailand; GATS Platform-Netherlands; GCAP Senca ; Global Network-Asia; Initiatives for Dialogue and Empowerment through Alternative Legal Services, Inc. ; Institute for Popular Democracy; International Gender and Trade Network; International South Group Network Asia; Jubilee South-Asia Pacific Movement for Debt and Development; Makabayan - Pilipinas; Migrant Forum Asia; Millennium Solidarity - Switzerland; Monitoring Sustainability of Globalization-Malaysia; One World Action - UK; Oxfam-Solidarity - Belgium; Resource Center for People's Development; RRAFA; Solidarity Center; Southeast Asian Committee for Advocacy; Stop the New Round! Philippines; Sustainability Watch; ThaiDHRRA; Third World Network; Transnational Institute ; WIDE – Women in Development Europe ; Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED) - Germany; X-Y Solidarity Fund; ;